HAITI

„Politischer Kannibalismus“

Der Brasilianer Ricardo Seitenfus, 62, Beauftragter der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) für Haiti, über die Rolle der Vereinten Nationen beim Wiederaufbau

SPIEGEL: Sie sind vorvergangene Woche drei Monate vor Ablauf Ihrer Amtszeit von Ihrem Posten beurlaubt worden, weil Sie die Rolle der Uno-Truppen in Haiti kritisierten. Warum?
Seitenfus: Ich habe nichts gegen die Blauhelme, sie erfüllen ein Mandat des Uno-Sicherheitsrats. Das Problem ist, dass die Vereinten Nationen Haiti behandeln, als bedrohe es die internationale Sicherheit. Das ist falsch.
SPIEGEL: Sorgen die Uno-Truppen nicht für Stabilität?
Seitenfus: Seit dem Erdbeben vor einem Jahr sind sie schwer angeschlagen. Zwischen dem Mandat der Truppen – Bewahrung des Friedens – und den Bedürfnissen des Landes beim Wiederaufbau liegen Abgründe. Der Ausbruch der Cholera hat diesen Widerspruch noch verschärft. Viele Haitianer machen die Uno-Blauhelme sogar für die Einschleppung des Erregers verantwortlich.
SPIEGEL: Die Uno hat doch nicht für die Misere in Haiti geradezustehen.
Seitenfus: Die Probleme Haitis werden nie gelöst, wenn die Haitianer nicht endlich gezwungen werden, selbst Verantwortung zu übernehmen. Seit Anfang der neunziger Jahre hat die Uno fünfmal in Haiti interveniert – ohne Erfolg. Die politischen Akteure des Landes streiten immer noch über die Anerkennung der letzten Wahl. So halten sie die internationale Gemeinschaft in Geiselhaft.
SPIEGEL: Stimmt es, dass die Opposition Präsident René Préval absetzen wollte?
Seitenfus: Prévals Mandat wurde auf einer Sitzung der wichtigsten politischen Akteure mit Premierminister Jean-Max Bellerive Ende November in Frage gestellt. Ich habe daraufhin an die Demokratie-Charta der OAS erinnert, wonach vom Volk gewählte Regierungen ihr Mandat erfüllen müssen. Brasilien und die USA haben mich unterstützt.
SPIEGEL: Aber Prévals Amtszeit ginge doch ohnehin zu Ende.
Seitenfus: Die Opposition wollte, dass er sofort geht, als wäre er die Ursache aller Probleme. Haitis Präsidenten sind schon immer vom Regierungspalast direkt ins Exil gegangen, das hat Tradition. Es ist eine Art politischer Kannibalismus.

Pakistanische Uno-Blauhelme

AFP

BAZIZ CHIBANE / SIPA

Marine Le Pen, Vater Jean-Marie

FRANKREICH

Gefährliche Tochter

Als sie vor über zehn Jahren ihr politisches Debüt beim ultrarechten Front National (FN) gab, wurde die jüngste Tochter des Parteiführers Jean-Marie Le Pen als plumper Bauerntrampel verlacht. Jetzt jagt die erschlankte, sorgfältig gestylte Marine Le Pen der rechten Regierungspartei UMP genauso viel Angst ein wie der sozialistischen Opposition: Es scheint so gut wie sicher, dass sie am 16. Januar in Tours zur Parteivorsitzenden gekürt und ihren Vater ablösen wird. Marine ist ebenso demagogisch wie der, nur gefährlicher: Jüngste Umfragen geben ihr bis zu 17 Prozent der Stimmen, sollte sie 2012 für die Präsidentschaft kandidieren. Der unbeliebte Staatschef Nicolas Sarkozy muss sogar fürchten, dass Marine Le Pen an seiner Stelle in die zweite Runde kommt – mit Hilfe abtrünniger Wähler der UMP. Denn die Le-Pen-Tochter hat es verstanden, das grobe Image des FN abzuschütteln und konservative Stammthemen wie innere Sicherheit und Einwanderung zu besetzen. Sie ist gegen Immigration, hütet sich aber vor offenem Rassismus. Bei enttäuschten Linken kommt sie an, weil sie für Abtreibung, Homo-Ehe und säkulare Werte eintritt und als Gegnerin der Globalisierung und des Euro sogar eine stärkere Einmischung des Staats in die Wirtschaft befürwortet. Das zahlt sich aus: Schon 27 Prozent der Franzosen haben eine gute Meinung von Marine.

ISRAEL

Flut am Toten Meer

Das Tote Meer trocknet aus, gleichzeitig könnten die meisten Hotels an seinem Ufer bald überflutet werden. Denn während im Nordteil der Wasserspiegel jährlich um einen Meter sinkt, steigt er im einige Kilometer entfernten, separaten Südteil um 20 Zentimeter. Grund dafür ist die Gewinnung von Magnesium, Pottasche und Brom. Die Firma Dead Sea Works lässt Wasser verdunsten, um die Mineralien auszufällen. 20 Millionen Tonnen Salz bleiben jährlich zurück, sieben Meter ist die Salzschicht dick. In den vergangenen Jahren wurde die Uferpromenade immer weiter aufgeschüttet, damit die Hotels und Kurkliniken nicht überflutet werden. Das hilft bald nicht mehr. Nun ist ein Streit entbrannt: Die Regierung will die Hotels abreißen und neu bauen. Hotelbesitzer wie Naturschützer aber wollen das Salz abtragen lassen: Auch ein Neubau würde bald von den steigenden Fluten eingeholt. Die Kosten für das Abtragen liegen bei 1,2 Milliarden Euro. Den Großteil müsste die Regierung übernehmen. Denn Dead Sea Works, einer der weltgrößten Produzenten von Dünger und ein ehemaliger Staatsbetrieb, wurde bei der Privatisierung von einer Haftung für Umweltschäden befreit.